

GASTWIRTSCHAFT

*Schöne
Bescherung*

**Worauf es bei betrieblichen
Weihnachtsfeiern ankommt**



Von Marcel Schütz

Der Corona-Pandemie fiel auch sie zum Opfer: die Weihnachtsfeier. In den nächsten Wochen gibt es sie wieder in großer Zahl überall. Für manche eine leidige Pflichtübung, für andere ein tolles Erlebnis.

Der Rahmen ist wichtig. Wie vertraut sind sich die Leute? Ist es ein Treffen im Verein, ein Empfang der Kirchengemeinde oder kommt man in der Firma zusammen? Findet die Weihnachtsfeier im Kontext mit der Arbeit statt, dann bewegt man sich zwischen Geschäft und Geselligkeit. Das sind unterschiedliche Dinge. Wie persönlich es werden darf, weiß man nie so genau. Die Weihnachtsfeier schafft insofern gewisse Zwänge und Unsicherheiten der Selbstdarstellung. Man will locker erscheinen, zugleich nicht aus der Reihe tanzen.

Eine gute Weihnachtsfeier ist kein Diensttermin. Historisch ist sie eine Art Nachahmung der weihnachtlichen Bescherung im familiären Kreis. Idealerweise wird aus der Weihnachtsfeier ein „bunter Abend“. Und der muss nicht von vorn bis hinten durchgeplant werden. Auf Gäste warten häufig Spiele, Fototouren oder Reden. Hier ist die Frage, ob man dafür das Publikum hat.

Gegen ein paar Momente, zu denen es offizieller wird, spricht nichts. Aber niemand wünscht sich ein untergeschobenes Meeting. Zwischen Sektgläsern, Krokettchen und Dessert kann man keine geschäftlichen Sachen klären.

Gar nicht verkehrt: Die Chefs verlassen die Weihnachtsfeier etwas früher. Bei vorgedruckter Stunde steigt ja auch die Heiterkeit. Es sollte kein sozialer Druck entstehen und – hat man den Raum dafür – verschiedene Gruppen, Interaktionen und Gespräche können sich entwickeln.

Die Kunst ist es, einander weder unachtsam noch aufdringlich zu begegnen. Schließlich müssen alle bedenken, dass man nach einem feuchtfröhlichen Abend sich wieder offiziell über den Weg läuft. Auf einer Weihnachtsfeier gibt jeder etwas von sich preis. Da gilt es aufzupassen, dass man unbedacht Ausgeplappertes nicht hinterher bereut.

Aber idealerweise verlebt man ein paar Stunden, an die man noch länger zurückdenkt – und sei es auch deswegen, weil dann noch etwas völlig Unerwartetes oder Komisches passiert ist. Womit keiner rechnete. Sind das nicht die schönsten Erinnerungen? Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit mit angenehmen Festivitäten.

*Der Autor ist Professor für
Organisation und Management
an der Northern Business School
Hamburg.*

NACHRICHTEN

**Gasimporteur Uniper
braucht mehr Geld**

Das wegen fehlender russischer Gaslieferungen strauchelnde Energieunternehmen Uniper braucht weitere Milliarden vom Bund. Die geplante Barkapitalerhöhung von acht Milliarden Euro allein werde nicht ausreichen, um Uniper zu stabilisieren, teilte der Konzern am Mittwoch mit. Deshalb will das Unternehmen bis zu 25 Milliarden Euro durch die Ausgabe neuer Aktien hereinholen. Das Geld soll zur Verfügung stehen, um das geschwächte Eigenkapital teilweise wiederherzustellen. Bezugsberechtigt ist ausschließlich der Bund. Als Überbrückung wird die staatliche KfW-Bank eine Zwischenfinanzierung bereitstellen. dpa

**Gewerkschaft NGG
will zehn Prozent „plus X“**

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) hat für die Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie und im Gastgewerbe

kräftige Lohnerhöhungen von zehn Prozent „plus X“ gefordert. In besonderen Zeiten müssten auch die Löhne „besonders stark steigen“, erklärte die Gewerkschaft am Mittwoch. Einheitlich für alle Branchen sollen demnach in der Tarifrunde 2023 Lohnerhöhungen von zehn bis zwölf Prozent bei einer Laufzeit der Tarifverträge von zwölf Monaten gefordert werden. In der Lebensmittelindustrie arbeiten mehr als 600.000 Menschen. Im Gastgewerbe sind es knapp zwei Millionen. afp

**Importe aus Russland
gehen meist nach Bayern**

Die meisten aus Russland nach Deutschland importierten Waren sind von Januar bis September nach Bayern gegangen – vor allem Öl und Gas. Auf Platz zwei im Bundesländer-Ranking folgt Brandenburg, dahinter steht Nordrhein-Westfalen, wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch mitteilte. Die Mengen gingen in den neun Monaten aber wegen des Ukraine-Kriegs stark zurück. Insgesamt führte Deutschland in den neun Monaten bis September Waren aus Russland im Wert von 30,2 Milliarden Euro ein. afp

**Saudis steigen
bei Credit Suisse ein**

Die Aktionäre der zweitgrößten Schweizer Bank Credit Suisse haben einer Kapitalerhöhung zugestimmt. Auf einer außerordentlichen Generalversammlung stimmten mehr als 90 Prozent für die Pläne der Geschäftsführung, wie die Bank am Mittwoch mitteilte. Unter anderem erwirbt die Saudi National Bank aus Saudi-Arabien einen Anteil von etwa 9,9 Prozent. Insgesamt sollen die neuen Aktien vier Milliarden Euro in die Kassen spülen. Mit diesem Rettungsplan will die Bank nach Milliardenverlusten aus der Krise kommen. Sie will einen Teil des Investmentbankings abstoßen und sich künftig vor allem auf das Schweizer Geschäft und die Vermögensverwaltung konzentrieren. dpa

**US-Konzern HP will
bis zu 6000 Stellen abbauen**

Der US-Computer- und Druckerhersteller Hewlett Packard (HP) will in den kommenden drei Jahren bis zu 6000 Stellen streichen. Wie das Unternehmen am Dienstag mitteilte, sollen mit dem

Stellenabbau bis 2025 Einsparungen von jährlich 1,4 Milliarden Dollar (1,36 Milliarden Euro) erreicht werden. Zuvor hatte HP für das vierte Quartal einen Rückgang seines Umsatzes um 11,2 Prozent auf 14,8 Milliarden Dollar bekanntgegeben. HP beschäftigt bisher rund 61.000 Menschen. afp

**Corona-Regeln: Proteste
vor iPhone-Fabrik in China**

Rund um das größte iPhone-Werk der Welt ist es wegen der strengen Corona-Maßnahmen in China laut Berichten in sozialen Medien zu Protesten und Ausschreitungen gekommen. Wie in am Mittwoch geteilten Videos zu sehen war, marschierten Hunderte Beschäftigte des Apple-Zulieferers Foxconn eine Straße in der ostchinesischen Metropole Zhengzhou entlang. Zu sehen war ein Großaufgebot von Sicherheitskräften mit Schlagstöcken und Plastik-Schutzschildern, die versuchten, die Menschen zurückzudrängen. Dabei kam es zu Zusammenstößen. Zu sehen war, wie einige Arbeiter offenbar verletzt am Boden lagen. Das taiwanische Unternehmen Foxconn war zunächst nicht für eine Stellungnahme zu erreichen. dpa

Nichts zu holen

Ein Urteil bestätigt: Wer Aktien von Wirecard hält, schaut vorerst in die Röhre

VON THOMAS MAGENHEIM

Susanne Lukauer vom Landgericht München hat kurzen Prozess gemacht. Nur zehn Minuten brauchte die für Bank- und Finanzgeschäfte zuständige Richterin, um in ihrem Urteil zu verkünden, dass sie eine Klage der Fondsgesellschaft Union Investment abweist. Damit bleiben Aktionär:innen des Skandalkonzerns Wirecard insolvenzrechtlich Gläubiger:innen zweiter Klasse, was heißt, dass sie aus der Insolvenzmasse wohl keinen Cent sehen werden. „Kapitalmarktrechtliche Schadenersatzforderungen können nicht als Insolvenzforderung zur Insolvenztabelle angemeldet werden“, formulierte die Richterin. Damit sei nicht gesagt, dass seitens Aktionär:innen grundsätzlich keine Schadenersatzansprüche bestehen, schickte sie ausdrücklich hinterher.

Denn mit hoher Wahrscheinlichkeit wurden tausende Anleger:innen im Fall der mutmaßlichen Kriminalinsolvenz von Wirecard um hohe Summen betrogen. Anfang Dezember beginnt in München ein minimal einjähriger Prozess gegen den früheren Wirecard-Chef Markus Braun und zwei andere Angeklagte, der die Pleite des einstigen Dax-Konzerns strafrechtlich aufarbeiten soll. Es geht dabei um Vorwürfe des gewerbsmäßigen Bandenbetrugs, der Untreue und anderer Delikte, die die mehrfache Milliardenerschäden verursacht haben.

Richterin Lukauer hatte aber nicht diese Vorwürfe zu entscheiden, sondern an welcher Stelle Aktionär:innen insolvenzrechtlich stehen. Dabei gilt grundsätzlich, dass sie erst an Geldern aus einer Insolvenzmasse beteiligt werden, wenn vorrangige Gläubiger:innen

vollständig entschädigt wurden. Als vorrangig gelten etwa kreditgebende Banken oder solche, die eine Unternehmensanleihe gezeichnet haben.

Im Fall von Wirecard hat Insolvenzverwalter Michael Jaffe gut eine Milliarden Euro Insolvenzmasse gesichert. Dem stehen Forderungen von Banken und Anleihegläubiger:innen von 3,1 Milliarden Euro gegenüber. Aktionär:innen wollen weitere sieben Milliarden

Euro. Damit ist klar, dass für Aktionär:innen nichts übrig bleibt, wenn an dieser Rangfolge nicht gerüttelt wird. Genau das hat Union Investment jetzt mit einer Klage gegen Jaffe versucht und dabei die Besonderheiten dieses Falls betont.

Die Besonderheiten dieses Falls betont. Denn Aktionär:innen von Wirecard seien Betroffene nur geworden, weil man sie vorsätzlich sittenwidrig getauscht habe. Staatsanwälte:innen werfen dem Unternehmen und seinen Verantwortlichen vor, große Teile des Umsatzes und den kompletten Gewinn mehrerer Jahre frei erfunden zu haben. Wird das im Strafprozess bestätigt, wären Wirecard-Aktionär:innen fraglos Geschädigte.

Nur wann kommen sie mit ihren Forderungen dran? Das allein war die Frage, die Richterin Lukauer zu entscheiden hatte. Sie tat das strikt formaljuristisch. Union Investment habe Ansprüche geltend gemacht, die auf einer Aktionärsstellung beruhen. Diese Betroffenen hätten sich seinerzeit frei dafür entschieden, in Eigenkapital, also Aktien, von Wirecard zu investieren. „Über diese Investitionsform wurde sie aber nicht getauscht“, begründete die Richterin ihr Urteil. Gemäß Paragraph 38 Insolvenzverordnung könnten aber Ansprüche, die auf einer Aktionärsstellung beruhen, grund-

sätzlich nicht zur Insolvenztabelle angemeldet werden. Der Umstand, dass Aktionär:innen im Fall von Wirecard eventuell nur durch Täuschung zu Anteilseigner:innen geworden sind, ändere an den Grundsätzen des Insolvenzrechts nichts. „Für Anleger und Aktionäre ist das Urteil enttäuschend, da auch diese Investoren von Wirecard betrogen wurden“, kommentiert die unterlegene Union Investment. Man werde nun Rechtsmittel prüfen, sehe das Ganze aber als Präzedenzfall, der höchstrichterlicher Entscheidung bedarf. Das klingt danach, als würde die Fondsgesellschaft notfalls bis vor den Bundesgerichtshof gehen. Der Bedeutung des Falls wäre es angemessen. Az.: 29 O 7754/21



Wirecards Insolvenzmasse weckt Begehrlichkeiten. IMAGO IMAGES

Geschäft mit russischen Brillanten

Obwohl die EU harte Sanktionen gegen Moskau verhängt hat, fallen die Steine durch das Sieb

Mit Handschuhen werden Juwelen im Schaufenster eines Ladens im Diamantenviertel in Antwerpen auf Samt drapiert. Die belgische Hafenstadt gilt seit dem 15. Jahrhundert als einer der Knotenpunkte für das Geschäft mit den Edelsteinen. Diskret und vertraulich werden hier laut Antwerp World Diamond Centre jährlich 37 Milliarden Euro umgesetzt. Auf die Frage, woher die Brillanten kommen, antwortet ein Juwelier mit einem Lachen: „Ich frage lieber nicht nach.“ Seine Zurückhaltung ist nicht ganz unbegründet.

Die Rohdiamanten stammen aus Angola, Kongo, Sierra Leone, Südafrika und auch aus Russland, wie Sigal Vantzovski, Besitzerin von Binson Diamonds in Antwerpen, erklärt. Sie werden nach Belgien gebracht, um in Manufakturen poliert zu werden. Die Diamanten werden anschließend zu Schmuckstücken weiterverarbeitet und unter anderem in ihrem Laden verkauft.

Es ist ein nobler Nischenmarkt mit Milliardenumsatz, von dem nicht zuletzt Russland – trotz des Kriegs in der Ukraine – weiter profitiert. Die Europäische Union erließ seit Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine zahlreiche Sanktionen gegen Moskau. Dabei wurde etwa die Einfuhr bestimmter Güter wie Gold, Wodka und Kaviar gestoppt – verschont blieben russische Diamanten, und zwar aus einem bestimmten Grund. Angaben des russischen Finanzministeriums zufolge exportierte Russland 2021 über 48,6 Millionen Karat Rohdiamanten ins Ausland – das höchste Volumen seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2007. Der monatliche Umsatz wurde nicht beziffert. Die wichtigsten Exportziele: Die Vereinigten Arabischen Emirate und Belgien.

Belgien – das Land, in dem die EU ihren Hauptsitz hat, spielt also eine Schlüsselrolle in der Diamantenindustrie und setzte sich in den Sanktionsverhandlungen dafür ein, dass russischen Steine von den Maßnahmen ausgeschlossen bleiben. Aus ökonomischer Sicht würde sich Europa mit Sanktionen selber schaden, meint der Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Antwerpen, Koen Vandenberg. Durch einen Stopp der Einfuhr russischer Rohdiamanten würde eine Industrie verloren gehen und sich nach Dubai oder Mumbai verlagern – Orte, an denen weitaus weniger Wert auf Transparenz oder Nachhaltigkeit gelegt werden würde als in Antwerpen, sagt Vandenberg. Da sich viele Länder wie Indien, Israel oder die Vereinigten Arabischen Emirate einem Boykott nicht angeschlossen hätten, fänden die russischen Steine letztendlich darüber ihren Weg in den Weltmarkt, erklärt Joachim Dün-



Antwerpen ist wichtiger Umschlagplatz für Edelsteine. DPA

kelmann vom deutschen Bundesverband der Juweliere, Schmuck- und Uhrenfachgeschäfte (BJV). „Eine Verschärfung der Vorschriften oder Gesetze gegen Russland hätte hierauf keinen Einfluss.“

**Jeder vierte Stein weltweit
stammt aus Russland**

Der Kream profitiert allerdings höchstwahrscheinlich vom Brillanten-Rausch. Einer der größten Produzenten ist der russische Diamanten-Gigant Alrosa, der nach eigener Darstellung „teilweise“ dem Staat gehört. Fachleute schätzen die staatlichen Anteile auf etwa 33 Prozent. Alrosa macht 95 Prozent der russischen Diamantenförderung aus – weltweit etwa 27 Prozent. Das bedeutet, dass mindestens jeder vierte Stein auf Märkten weltweit aus Russland stammt. Der Riese betreibt mehrere Minen in der Region Sacha im

Nordosten Russlands sowie in Archangelsk im Nordwesten und ist außerdem an Minen im Ausland – etwa in Angola – beteiligt.

Im Gegensatz zu Vandenberg betont Rohstoff-Expertin Larisa Stanciu, dass durch ein Verbot der Einfuhr russischer Rohdiamanten weniger Geld über Alrosa in die Staatskasse fließen würde. „Dies würde sich sowohl direkt als auch indirekt auf den Haushalt zur Unterstützung des Krieges auswirken, obwohl die Einnahmen aus dem Diamantehandel deutlich geringer sind als die Einnahmen aus dem Gas- und Ölhandel.“

Während die EU zögert, hat die US-Regierung bereits kurz nach Kriegsbeginn Sanktionen gegen Alrosa verhängt und anschließend verschärft. „Da werde ich immer etwas zynisch“, sagt Vandenberg und merkt kritisch an, Europäer seien naiv zu denken, Amerikaner würden etwas schaden. Der Schmuckverkauf in den Staaten macht ihm zufolge 50 Prozent des Weltmarktes aus. So gibt es auch ein Schlupfloch in der US-Sanktionsvorschrift dank einer nicht ganz lupureinen Formulierung. Da heißt es: Sollte ein Diamant in einem anderen Land signifikant verändert worden sein, darf er diese Region als Herkunft beanspruchen.

Folglich könnten russische Edelsteine, die etwa in Indien poliert wurden, weiterhin nach Amerika eingeführt werden und ihren Ursprung verschleiern. Es sei technisch ohnehin nahezu unmöglich, das Ursprungsland eines Steins zu bestimmen, meint Experte Vandenberg. Allerdings gibt es für Rohdiamanten Zertifizierungsverfahren wie den sogenannten Kimberley-Prozess, der laut Zoll die Einfuhr von sogenannten Konflikt- und Blutdiamanten in die EU unterbinden soll. LUISE EVERS, DPA

Deutliches Lohnplus bei Volkswagen

**Haustarifvertrag für
westdeutsche Werke**

Volkswagen und die IG Metall haben sich auf deutliche Lohnsteigerungen für die 125.000 Beschäftigten in Westdeutschland geeinigt. Entgelte und Ausbildungsvergütungen werden ab Juni 2023 um 5,2 Prozent und ab Mai 2024 um weitere 3,3 Prozent erhöht, wie beide Seiten am Mittwoch mitteilten. Die Laufzeit des Vertrags beträgt zwei Jahre. Das Ergebnis gelang eine Woche vor Ablauf der Friedenspflicht in der dritten Verhandlungsrunde. Beide Seiten hatten knapp zwölf Stunden in Langenhagen bei Hannover getagt.

Die Beschäftigten erhalten zudem eine steuerfreie Einmalzahlung als Inflationsausgleich von 3000 Euro, die in zwei Schritten im Februar 2023 (2000 Euro) sowie im Januar 2024 (1000 Euro) ausbezahlt wird. Auszubildende bekommen jeweils die Hälfte. Zusätzlich greifen laut IG Metall VW-spezifische Neuregelungen für die Altersteilzeit sowie bei freien Tagen und bei den Hochschulgebühren. Der VW-Haustarif wurde für die Stammebelegschaft der Standorte Braunschweig, Emden, Hannover, Kassel, Salzgitter und Wolfsburg sowie einiger Töchter verhandelt.

Der Autobauer und die Gewerkschaft zeigten sich zufrieden. Die IG Metall hatte eine Entgelthöhung von acht Prozent gefordert, aber für eine Laufzeit von einem Jahr. Das jetzt erzielte Ergebnis einer Erhöhung in zwei Schritten orientiert sich am Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie im Bezirk Baden-Württemberg.

Einigung bei Altersteilzeit

Die VW-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Daniela Cavallo sagte, in der Belegschaft gebe es eine breite Zufriedenheit mit dem Ergebnis, gerade was den Punkt Altersteilzeit angehe. Dies zeigten erste Reaktionen. Die bisherigen Altersteilzeit-Regelungen werden um fünf Jahre bis Dezember 2027 verlängert. „Uns ist in schwierigen Zeiten ein richtig solider Abschluss geglückt. Die Kolleginnen und Kollegen erhalten rasch spürbar mehr Geld“, betonte Cavallo. Sie räumte ein, dass die Laufzeit von zwei Jahren sehr lang sei.

VW-Verhandlungsführer Arne Meiswinkel sagte, mit dem Abschluss werde für Beschäftigte und das Unternehmen Planungssicherheit und Stabilität geschaffen. Der Abschluss dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass man die Kosten weiter strikt im Griff behalten müsse, betonte der Vorstand. dpa

Union will zurück zur Atomkraft

CDU/CSU-Fraktion präsentiert Zehn-Punkte-Plan und schlägt abermaligen Stresstest vor

VON STEVEN GEYER

Die CDU/CSU-Fraktion fordert eine befristete Rückkehr zur Atomkraft in Deutschland. Das geht aus einem Antrag hervor, den die Union an diesem Donnerstag in den Bundestag einbringen will und der dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) vorab vorliegt.

Der Entschließungsantrag der Fraktion enthält einen Zehn-Punkte-Plan, der unter anderem fordert, die aktuelle Begrenzung der Biomasse-Erzeugung und des Solarstromausbaus zu beenden sowie den kurzfristigen Flüssiggas-Einkauf im Ausland zu forcieren und die schnelle Inbetriebnahme bestehender Kohlekraftwerke zu erleichtern. Vor allem aber will die Unionsfraktion mindestens zwei weitere Jahre lang auf eine Rückkehr zur Kernenergie setzen.

So kritisiert die Union das Vorgehen des Wirtschaftsministeriums bei den Stresstests zum Bedarf an Atomstrom in diesem Jahr. Die Entscheidung für „die befristete Verlängerung der drei am Netz befindlichen Kernkraftwerke“ bis nach Ostern wurde „zu spät und zu zaghaft“ getroffen, heißt es in dem Antragsentwurf. Da zudem die Wirtschaftsweisen damit rechnen, dass die Energiekrise bis mindestens 2024 anhält, komme der Atomausstieg zudem zu früh.

„Ein Industrieland wie Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie“, sagte der für Energie zuständige Unionsfraktionsvize Jens Spahn. „Die Ampel handelt bisher zu oft zu spät, halbgar und inkonsequent“, begründete er die Erstellung des Zehn-Punkte-Plans. „Dazu gehört ein neuer, unabhängiger Stresstest, bevor die Kernkraftwerke abgeschaltet sind“, so Spahn.

Der neue Stresstest soll nach Wunsch der Union die Energieversorgung für den Winter 2023/24 prüfen und müsse von der Bundesregierung „bei den Übertragungsnetzbetreibern noch im Dezember 2022“ beauftragt werden und auch Erwägungen zur Preisentwicklung einbeziehen.

Bundestag stimmt heute ab

Unabhängig von diesem Stresstest fordert die Union, „die Berechtigung zum Leistungsbetrieb der drei Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland (...) bis zum 31. Dezember 2024 zu verlängern“. Diese Befristung müsse bis Ende August 2024 überprüft werden. Wenn Energiebedarf, Klimaziele und Preisentwicklung es erfordern, müsse der Bundestag dann „über eine weitere Verlängerung der Befristung der drei Kernkraftwerke“ entscheiden.

Weil die letzten drei deutschen AKW nur noch das restliche vorhandene Brennmaterial nutzen dürfen, ruft die Union die Regierung auf, „die Beschaffung neuer Brennelemente sicherzustellen, um einen befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2024 zu gewährleisten“. Dazu müsse man zudem die „Periodische Sicherheitsüberprüfung“ der AKW bis Ende 2023 verschieben.

Mehr noch: Die CDU/CSU-Fraktion fordert, den Rückbau der stillgelegten AKW Brodorf, Grohnde und Gundremmingen C „unverzüglich zu stoppen“. „Die Wiederinbetriebnahme dieser Kernkraftwerke muss vor dem Hintergrund der technischen Machbarkeit sowie von Bedarf und Stabilität des Stromsystems geprüft werden“, so das Papier, über das am Donnerstag im Bundestag abgestimmt werden soll.

IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen und Leser, aus technischen Gründen kann in dieser Ausgabe der Frankfurter Rundschau leider keine Börsenseite erscheinen. Wir bitten um Entschuldigung.